

AUSFÜHRUNGEN DES STADTKÄMMERERS ZUM HAUSHALT 2009 IM GEMEINDERAT AM 20.11.2008

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie ich Ihnen bereits in meinem Halbjahresbericht zur Entwicklung der Gemeindefinanzen berichtet hatte, gingen die Prognosen der letzten Mai-Steuerschätzung davon aus, dass im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung des Vorjahres das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden für das Jahr 2009 um rd. 4 Mrd. Euro geringer ausfallen wird.

Schon frühzeitig hatte sich im laufenden Jahr das Konjunkturbarometer angesichts des starken Euros und der hohen Energiepreise eingetrübt und erste Wolken waren am bisher strahlenden Finanzhimmel bereits sichtbar.

Die aktuelle Immobilienkrise und Finanzkrise made in USA haben zwischenzeitlich weltweite Kreise gezogen und stellen sich als weiteren Wachstumsdämpfer dar bzw. entwickeln sich zu einem nicht vorhersehbaren Wachstumshindernis. Die Weltwirtschaft befindet sich rund um den Globus auf Talfahrt.

Dementsprechend wird auch bei uns die finanzielle Lage der öffentlichen Hand nachhaltig beeinflusst und macht eine weitere Korrektur der Wachstumserwartung für 2009 nach unten notwendig.

Der Aufschwung in Deutschland ist nach Ansicht der führenden Wirtschaftsinstitute vorbei. In ihrem kürzlich vorgestellten Herbstgutachten sehen die Institute Deutschland am Rande einer Rezession. So wird für das Jahr 2009 nur noch ein Wachstum in Höhe von 0,2 Prozent nach 1,8 Prozent in diesem Jahr erwartet. Bisher waren sie von einem Plus in Höhe von 1,4 Prozent für 2009 ausgegangen. Auch die Bundesregierung hat ihre Konjunkturprognose für das kommende Jahr gleichlautend gesenkt. Der Internationale Währungsfond geht sogar noch weiter und sagt für Deutschland ein Minuswachstum von 0,8 % voraus.

Aufgrund der Ergebnisse der aktuellen November-Steuerschätzung werde sich nach den Prognosen der Steuerschätzer die Finanz- und Wirtschaftskrise weniger stark auf die Staatskassen auswirken als befürchtet. Während Bund und Länder für 2009 voraussichtlich mit insgesamt 2,5 Mrd. Euro Steuereinnahmen weniger auskommen müssen als noch in der Mai-Steuerschätzung vorhergesagt, werden für die Kommunen 3,3 Mrd. Euro Mehreinnahmen erwartet. Über diese Aussage war nicht nur ich als Kämmerer mehr als erstaunt. Meine erste Befürchtung, dass diese Prognosen zu optimistisch geschätzt wurden und nicht das aktuelle Ausmaß der Finanzmarktkrise und des Wirtschaftsabschwungs widerspiegeln hat sich leider bestätigt, ich komme gleich darauf zu sprechen.

Mit Blick auf die derzeit herrschende Unsicherheit über die Auswirkungen der Finanzkrise sind zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin alle Prognosen mit einem besonderen Maß an Unsicherheit beaufschlagt.

Unbestritten ist, dass die Folgen der Finanzmarktkrise und der weltweiten Konjunkturabschwächung erste Bremsspuren hinterlassen und das Risiko, dass eine noch ungünstigere Entwicklung der Weltwirtschaft eintritt, ist selbst nach den Interventionen von Staaten in das internationale Bankensystem und trotz milliardenschwerer Kon-

junkturpakete noch lange nicht vom Tisch. Es muss damit gerechnet werden, dass auch die öffentlichen Haushalte hiervon spürbar und nachhaltig beeinflusst werden.

Dies belegt auch eine brandaktuelle Mitteilung des Städte- und Gemeindetages Baden-Württemberg, in dem die Auswirkungen der November-Steuerschätzung auf die kommunale Haushaltsplanung 2009 aufgeführt sind.

Gegenüber dem Haushaltserlass vom Juli d. J. sind hiernach insbesondere Minderzuweisungen bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und bei den Finanzausgleichsleistungen zu erwarten, die eine Korrektur des Ihnen vorliegenden Entwurfes erforderlich machen. Deswegen sind zwar nicht alle Zahlen Makulatur bzw. Schnee von gestern; die Einnahmeausfälle mit über 200.000 Euro gehen allerdings voll zu Lasten unserer eh schon bescheidenen Eigenfinanzierungsmittel. Die Kämmerei wird bis zur Beratung im Verwaltungs- und Finanzausschuss eine entsprechende Ergänzungsliste vorlegen.

Die wichtigsten Eckdaten des **HAUSHALTES 2009** möchte ich Ihnen nachfolgend erläutern:

Der Entwurf des Haushalts 2009 geht von unveränderten Hebesätzen bei den Realsteuern aus. Bei den kostenrechnenden Einrichtungen ist zum 1.1.2009 eine Erhöhung der Abwasserbeseitigungsgebühr um 0,23 € je cbm vorgesehen.

Im Vergleich zu den Haushaltsdaten des Vorjahres weist das Volumen des Haushalts 2009 mit rd. 42,5 Mio. EURO eine Zunahme um rd. 1,4 Mio. EURO aus und liegt damit 3,5 % über den Ansätzen des Vorjahres.

Aufgegliedert liegt das Volumen des Verwaltungshaushaltes mit rd. 36,1 Mio. EURO um 0,3 % oder rd. 0,1 Mio. EURO unter und das Volumen des Vermögenshaushaltes mit rd. 6,4 Mio. EURO um 31 % oder rd. 1,5 Mio. EURO über den Planzahlen des Vorjahres.

Wie bereits erwähnt, sind die Daten des Haushaltserlasses 2009 vom 18. Juli 2008 Grundlage verschiedener Einnahme- und Ausgabeschätzungen zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung, die allerdings die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung vom November 2008 sowie die finanziellen Auswirkungen der Finanzmarktkrise und konjunkturellen Talfahrt noch nicht berücksichtigen.

VERWALTUNGSHAUSHALT

EINNAHMEN:

Das Gewerbesteueraufkommen für das Haushaltsjahr 2009 wird auf der Basis des bestehenden Hebesatzes auf 7,0 Mio. Euro geschätzt. Gegenüber der noch positiven Entwicklung der Gewerbesteuer für 2008 spiegelt sich am zu erwartenden Aufkommen für 2009 die allgemeine Abschwächung der Konjunktur mit einem zwangsläufigen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen wider.

Das prognostizierte, stagnierende Wirtschaftswachstum und die globale Finanzkrise beinhalten weitere zusätzliche Risiken, die mit Blick auf das Gewerbesteueraufkommen nicht eingeschätzt werden können.

Nach Maßgabe des Haushaltserlass 2009 wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Lande Baden-Württemberg auf 4,5 Mrd. EURO geschätzt. Bei Anwendung der für die Stadt Eberbach maßgeblichen Schlüsselzahl ergibt sich für 2009 eine Zuweisung von rd. 5,6 Mio. EURO. Gegenüber dem Vorjahr bedeuten dies Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. Euro.

Bei den Finanzausgleichszuweisungen übersteigt der Planansatz mit rd. 3,3 Mio. EURO den Ansatz des Vorjahres um rd. 0,9 Mio. Euro. Im Planansatz enthalten sind die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft sowie die kommunale Investitionspauschale.

Die weiteren veranschlagten Einnahmen entsprechen im Großen und Ganzen den Ansätzen des Vorjahres.

AUSGABEN:

Die Personalausgaben für das Haushaltsjahr 2009 sind mit rund 7,8 Mio. EURO veranschlagt und liegen damit um 415.000 Euro über dem Ansatz des Vorjahres. Der Anstieg der Personalausgaben ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen des Tarifabschlusses 2008/2009 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zurück zu führen.

Die Planansätze der weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben belaufen sich zusammen auf rd. 15 Mio. EURO. Das entspricht einer Zunahme um rd. 0,4 Mio. Euro gegenüber den Planzahlen des Vorjahres, wobei sich Mehrausgaben beim Unterhaltungsaufwand durch einen erheblichen Nachholbedarf und höhere Bewirtschaftungskosten aufgrund gestiegener Energiepreise abzeichnen.

Die Gewerbesteuerumlage beläuft sich auf rd. 1,3 Mio. EURO und orientiert sich am veranschlagten Aufkommen der Gewerbesteuer in Höhe von 7 Mio. EURO. Die gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,23 Mio. Euro geringere Umlage begründet sich auf die um 1,5 Mio. Euro geringer veranschlagten Gewerbesteuereinnahmen.

Nach dem Haushaltsentwurf des Rhein-Neckar-Kreises wird der Hebesatz der Kreisumlage für 2009 von 35,1 % auf 33,0 % gesenkt. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich trotz gestiegener Steuerkraftsumme infolge des herabgesetzten Umlagesatzes Minderausgaben in Höhe von rd. 0,2 Mio. EURO.

Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt beläuft sich auf rd. 0,6 Mio. EURO und liegt damit um rd. 0,64 Mio. Euro unter dem Ansatz des Vorjahres.

Infolge geringerer Einnahmen bei der Gewerbesteuer sowie gestiegener Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Personalkosten halbiert sich die Zuführungsrate gegenüber dem Planansatz von 2008 trotz höherer Zuweisungen nach dem FAG und Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer.

Dies soweit nach dem Stande von letzter Woche.

Durch den korrigierten Haushaltserlass mit niedrigeren Zuweisungen sind nach der Ergänzungsliste letztlich bei der Zuführungsrate Abstriche von mehr als 200.000 Euro zu machen.

Und nun zum **VERMÖGENSHAUSHALT**

Wie bereits erwähnt, liegt das Volumen des Vermögenshaushaltes mit rd. 6,4 Mio. EURO um 31 % oder rd. 1,5 Mio. EURO über den Planzahlen des Vorjahres.

Der Vermögenshaushalt 2009 sieht einen Investitionsaufwand von rd. 5,9 Mio. EURO vor und setzt sich wie folgt zusammen:

Gründerwerb und	
Erwerb von Anlagevermögen	1,4 Mio. EURO
Baumaßnahmen u. Investitionszuschüsse	4,5 Mio. EURO

Schwerpunkte im Gesamtaufwand bilden das Feuerwehrgerätehaus Lindach, Fortführung der Erweiterung und Ganztageseinrichtungen beim Hohenstaufengymnasium einschl. Dachsanierung, Zentralheizung, Fenstererneuerung und Brandschutzauflagen, Altstadtsanierung Neckarstraße, Sanierungsvorhaben Güterbahnhofstraße sowie Ausbau Hochwasserrückhaltebecken Holdergrund.

Zur teilweisen Finanzierung der geplanten Investitionen stehen Rücklagemittel in Höhe von 2,4 Mio. EURO zur Verfügung.

Aus verschiedenen Förderprogrammen von Bund und Land sind entsprechende Zuweisungen und Zuschüsse mit insgesamt rd. 2,2 Mio. EURO eingeplant.

Zur restlichen Finanzierung und Fortführung bereits begonnener Investitionsmaßnahmen ist eine Kreditaufnahme von rd. 1,2 Mio. EURO erforderlich. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung beläuft sich die Nettokreditaufnahme auf rd. 0,7 Mio. EURO.

Zur **FINANZPLANUNG**

Der Finanzplanung liegen die im Haushaltserlass 2009 aufgeführten Orientierungsdaten zugrunde.

Ausblickend auf die folgenden Jahre 2010 bis 2012 ist zwar mit positiven Zuführungsraten und ab 2011 mit akzeptablen eigenen Finanzierungsmitteln in Form der Netto-Investitionsraten zu rechnen. Diese Prognosen sind allerdings angesichts der derzeitigen Weltwirtschaftskrise und rückläufigem Wirtschaftswachstum mit einem großen Fragezeichen zu versehen.

Die nach wie vor hohen Investitionsausgaben sind auch im Finanzplanungszeitraum 2010 – 2012 nicht ohne zusätzliche Kreditaufnahmen zu finanzieren.

Der Schuldenstand beläuft sich per 31.12.2009 auf rd. 14,3 Mio. EURO oder 941 EURO je Einwohner und wird sich bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf rd. 19,1 Mio. EURO oder 1.256 EURO je Einwohner erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn ich in meiner letztjährigen Haushaltsrede davor warnte, dass sich eine gute Wirtschaftslage schneller drehen kann als erwartet, so hat doch keiner von uns ernsthaft damit gerechnet, dass die Wirklichkeit uns noch im gleichen Haushaltsjahr einholen wird.

Die aktuelle Finanzmarktkrise bringt die Konjunktur mehr als nur ins Stottern und ihre Auswirkungen sind weltweit massiv spürbar. Produktionen werden zurückgefahren, Bänder stehen bereits still, Kurzarbeit ist angesagt und selbst Stellenstreichungen sind nicht mehr tabu. Die Rezession wirft ihre Schatten voraus. Angesichts des gefährlichsten Finanzschocks auf den Finanzmärkten seit den 1930er Jahren tritt die Weltwirtschaft in eine ihrer größten Abschwungphasen ein.

Nach 3 zurückliegenden Jahren sprudelnder Steuereinnahmen, steigender Haushaltsüberschüsse und voller Kassen haben Immobilienkrise, Finanzkrise und Weltwirtschaftskrise uns alle aus dem strahlenden Finanzhimmel auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt.

Galt es in dieser Zeit auf die Euphoriebremse zu treten, Begehrlichkeiten zu zügeln und das Wunschdenken einzuschränken so stehen wir heute beim vorliegenden Haushaltsentwurf für 2009 mit unserer Zuführungsrate auf dem Niveau wie vor 5 Jahren, wo uns damals wie heute bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs die haushaltsrechtliche Vorschrift einer Zuführungsrate des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt mindestens in Höhe der Kredittilgungen und Kreditbeschaffungskosten einiges Kopfzerbrechen bereitete.

Entgegen der bis noch vor kurzer Zeit vertretenen allgemeinen Auffassung, die Kommunen seien aufgrund sprudelnder Steuerquellen aus dem Jammertal einer drückend schlechten Finanzlage heraus, stellt sich diese Annahme urplötzlich vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und drastisch gedämpfter Konjunkturerwartungen nur noch als frommer Wunsch dar.

Die globale Finanzkrise wird die Welt noch lange beschäftigen und ihre Auswirkungen werden auch in unserer Stadtkasse Spuren hinterlassen und die erst vor kurzem gestopften Finanzlöcher wieder öffnen.

Auf diese drohende fiskalische Abwärtsspirale gilt es heute mehr denn je rechtzeitig gewappnet zu sein bzw. Vorsorge zu treffen durch maßvolles Haushalten, effektiver Kostenkontrolle und absoluter Beschränkung der Ausgaben auf das Notwendige.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei deutlicher Abkühlung der Konjunktur und weg brechenden Einnahmen wird das Thema Verschuldung für viele Städte und Gemeinden wieder zu einem zentralen Pro-

blem. Das landauf landab verfolgte Ziel einer Nullverschuldung bis zum Jahre 2011 ist in weite Ferne gerückt; wir sind wieder auf dem Rückweg in die Schuldenberge.

Die Entwicklung unserer Verschuldung hat in den zurückliegenden guten Jahren 2006, 2007 und auch 2008 – das kann ich Ihnen heute schon sagen – so ausgesehen, dass selbst bei einem Investitionsvolumen von rd. 20 Mio. Euro auf die in diesem Zeitraum eingeplanten Kreditaufnahmen von zusammen knapp 4 Mio. Euro Dank höherer Finanzzuweisungen und eigener Steuereinnahmen ganz verzichtet werden konnte. Erst gar keine Schulden machen kann so auch eine Variante des Schuldenabbaus bzw. Rückführung der Verschuldung sein.

Für unseren Haushalt 2009 sehe ich ein „Restrisiko“ in Sachen Finanzausgleich und Unwägbarkeiten künftiger Steuerschätzungen. Die Unsicherheit im Hinblick auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist derzeit besonders groß, denn eine Abkühlung der Konjunktur hat zwangsläufig auch ein Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge.

Der Traum vom ausgeglichenen Haushalt platzt nicht nur beim Bund. Nein, auch die Länder und Kommunen kämpfen wieder um ausgeglichene Haushalte, was allerdings auch nicht besonders verwundert, denn letztlich sitzen wir alle im gleichen Boot.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass wieder magerere Zeiten anstehen. Bei rückläufigen Steuereinnahmen bläst uns wieder ein rauer Wind ins Gesicht.

Wir müssen uns bei unserem Haushalt 2009 wieder auf das eigentliche **Haushalten** besinnen:

Festlegung von Prioritäten
Effektive Kostenkontrolle
Effizienzsteigerung
Konsequente Nutzung von Einsparpotentialen

Angesichts dieser Ausgangssituation und vor dem Hintergrund knapper werdender Kassen gibt es keine Alternative zur weiteren Konsolidierung unseres Haushaltes. Dies muss auch weiterhin unsere wichtigste Aufgabe sein und bleiben.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen.

In die Haushaltsplanberatungen soll am 27. November 2008 eingetreten werden. Die öffentliche Beratung der Anträge zum Haushaltsplan erfolgt in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2008. Die Verabschiedung des Haushalts erfolgt in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 29.01.2009.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Vielen Dank ebenfalls an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Mithilfe bei der Aufstellung des Haushaltsplanes.

Weis
Stadtkämmerer